Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 257. **Donnerstag** den 14. September 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Während des Baues des Weges von der Marienbrücke über die Mückernschen Wiesen wird die Marienbrücke für den Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, am 12. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Wegen Reinigung der Räume bleiben die **Stadtcasse** und die **Stiftungsbuchhalterei** für Donnerstag,
den 14. dieses Monats,
geschlossen.

Leipzig, den 9. September 1882.

Des Raths Finanzdeputation.

Einladung.

Die feierliche Grundsteinlegung für die neue Peterskirche wird
Sonntag, den 17. September d. J. Nachmittags 3 Uhr stattfinden,

und beehrt sich der unterzeichnete Kirchenvorstand, auch hierdurch dazu, sowie zur Betheiligung an dem darauf folgenden Festessen im **Saale des Kaufmännischen Vereinshauses Nachmittags 6 Uhr** ganz ergebenst einzuladen. **Festprogramme**, welche zugleich nach dem Eintritte des von der Realschule I. ausgehenden Festzuges den Zutritt zu dem Bauplatze gewähren, sind nebst der Tagordnung für Jedermann unentgeltlich, aber unter Nennung des Namens, in der Expedition der Peterskirche (Peterskirchhof Nr. 1) und am Festtage selbst auch in der Wohnung des Küsters (Albertstraße Nr. 36, part.) zu erhalten. Wir laden insbesondere die Mitglieder der Peterskirchen-Parochie herzlich zu zahlreicher Theilnahme an der seltenen Feier ein.

Leipzig, den 8. September 1882.

Der Kirchenvorstand zu St. Petri.
D. Fricke.

Anmeldungen zu der Festtafel bitten wir bis Freitag, den 15. September, in der Kirchen-Expedition oder im Festlocale bewirken zu wollen.

Preis des Couverts 3 Mark.

Concurrenz für den Börsenbau.

Die Entwürfe für den Börsenbau können, soweit sie nicht zur engeren Wahl für die Ausführung gebracht sind,
in der Zeit vom 12. bis 14. d. M.
bei dem Universitäts-Castellan gegen Rückgabe der Empfangs-Bescheinigung wieder **abgeholt** werden.

Leipzig, den 11. September 1882.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

Kohlenlieferung.

Für die hiesige Schule sollen ungefähr 2000 Ctr. gute böhmische Braunkohlen geliefert werden. Die Lieferung soll auf Grund der in der Schulexpedition einzusehenden Bedingungen vergeben werden. Die Angebote sind versiegelt unter der Bezeichnung „Kohlenlieferung" bis zum 23. September bei dem unterzeichneten Schulvorstande einzureichen.

Gohlis, 11. September 1882.

Der Schulvorstand.
Dr. W. Seydel, P., Vors.

Nichtamtlicher Theil.

Willkommen dem Kaiser.

„Wer ist der greise Siegesheld,
Der uns zu Schutz und Wehr
Für's Vaterland zog in das Feld
Mit Deutschlands ganzem Heer?
Wer ist es, der von Vaterland
Den schönsten Dank empfing?
Vor Frankreichs Hauptstadt siegreich stand
Und heim als Kaiser ging?
Du, edles Deutschland, freue dich
Dein König, hoch und ritterlich,
Dein Wilhelm, dein Kaiser Wilhelm ist's!"

„Wer hat für dich in blut'ger Schlacht
Besiegt den ärgsten Feind?
Wer hat dich groß und stark gemacht,
Dich brüderlich geint?
Wer ist, wenn je ein Feind noch droht,
Dein bester Hort und Schutz?
Wer geht für dich in Kampf und Tod,
Der ganzen Welt zum Trutz?
Du, edles Deutschland, freue dich,
Dein König, hoch und ritterlich,
Dein Wilhelm, dein Kaiser Wilhelm ist's!"

Gruß und Willkommen dem Kaiser, der heute in seiner Eigenschaft als oberster Kriegsherr und Schirmherr des deutschen Reiches den Boden Sachsens betritt, um als Gast unseres Königs und des Landes eine Zeit lang unter uns zu sein!

Nicht um prächtige militairische Schaukspiele abzuhalten, kommt der Kaiser nach Sachsen; die Reise Seiner Majestät verfolgt einen ernsteren Zweck, denn es gilt, sich von der Schlagfertigkeit und Uebungsfähigkeit unserer Armee zu überzeugen, die als ein Theil des deutschen Heeres mit dazu berufen ist, für die Macht und Größe der Nation einzustehen, zu marschieren, wenn das Vaterland in Gefahr ist.

Der greise Monarch giebt mit dieser Reise ein Beispiel hingebendster Pflichterfüllung, welche auch den letzten Mann in der Front dazu begeistern muß, getreu bis in den Tod, dem Kriegsherrn zu folgen, wohin es immer sei.

Der Kaiser kommt im Interesse des **Dienstes**. Der Dienst aber hält die gesammte Armee als die belebende Kraft zusammen; der Dienst ist die lebendige Ordnung, welche allen Theilen derselben ihre Bedeutung verleiht; und so betrachtet sich Kaiser Wilhelm selbst trotz seines hohen Alters — denn jeder Zoll an ihm ist Soldat — als stets im Dienst befindlich. So war's von jeher bei den Hohenzollern und so wird es immer bei diesen Fürsten sein, die eine Soldatendynastie im edelsten Sinne des Wortes bilden.

In solcher von seinen großen Ahnen überlieferter Pflicht- und Berufstreue hat unser Kaiser einen nie ermattenden Thätigkeitstrieb in sich wach und rege erhalten, der, verbunden mit der Strenge und Einfachheit seiner Lebensweise, seinem Greisenalter eine Rüstigkeit verlieh, wie sie — von Karl dem Großen und Barbarossa nicht zu reden — selbst im classischen Alterthum von wenig Herrschern bezeugt wird. Wurde es doch an jenem seit Hannibals Tagen furchtbarsten Feinde der Römer, dem pontischen Könige Mithridates als etwas ganz Besonderes gerühmt, daß er noch mit siebzig Jahren bewaffnet zu Pferde gestiegen sei. Unsern Kaiser aber sieht man noch mit der Last seiner fünfundachtzig Jahre bald hier, bald dort zu kriegerischer Uebung fest im Sattel! Den Anstrengungen der Manöver in Schlesien folgen nun die Beschwerlichkeiten des Felddienstes in Sachsen; eine mühevolle Thätigkeit, die unsere ganze Bewunderung verdient.

Wir begrüßen Kaiser Wilhelm aus vollem Herzen; denn ein festes Band verbindet unser sächsisches Herrscherhaus mit Seiner Majestät. Wer dächte nicht der glorreichen Tage des französischen Feldzuges, in dessen Verlauf Kronprinz Albert, unser jetziger König, an jenen Schlachten theilnahm, die mit dazu beitrugen, den Ruhm und die Ehre der deutschen Waffen in alle Welt zu tragen?

Der Waffengenoß König Wilhelm's ist auch heute noch — wie damals im Krieg, so jetzt im Frieden — der treue Freund des Kaisers, allzeit bereit, mit seinem Volke für die Interessen des großen Vaterlandes, für das geeinigte deutsche Reich mit allen Kräften einzustehen.

Möge dieses schöne Band unser Land immer fester an das Reich ketten; möge Sachsen in edlem Wetteifer mit den anderen deutschen Stämmen, die nun ein Ganzes an Haupt und Gliedern, das innere Einigungswerk fördern helfen und zur Schlichtung alter Gegensätze beitragen!

Wo des Kaisers Fahnen wehen ist auch in alle Zukunft unser Platz. Unser Denken und Empfinden aber faßt sich heute angesichts der Kaisertage in Sachsen zusammen in den Einen Ruf:

Gott erhalte, segne und beschütze unseren Kaiser!

Zur steuerpolitischen Frage.

Nachdem man sich von der Ueberraschung, welche der letzte Classensteuerartikel der „Provinzial-Correspondenz" überall mit Recht hervorgerufen, erholt hat, ist es, da eine andere Kundgebung der preußischen Regierung bis jetzt nicht vorliegt, wohl angemessen, ihn noch einmal auf seinen wirklichen Gehalt zu prüfen. Daß er einen unzweideutigen Absagebrief an die Steuerpolitik der Agrarier enthält, wird von keiner Seite in Zweifel gezogen.

Wir constatiren dies mit Befriedigung und begrüßen es als einen Gewinn für die Klärung der Lage. Recht unglücklich aber scheint uns das Regierungsorgan zu verfahren, wenn es mit denselben Beweisführungen, die es gegen die maßlos capitalfeindlichen Bestrebungen der Agrarier ins Feld führt, auch das von Herrn v. Bennigsen in der bekannten Reichstagsrede vom 15. Juni d. J. aufgestellte Programm bekämpfen zu können meint. Der Artikel geht von der Prämisse aus, daß die ganze Classensteuer zu beseitigen sei und befürchtet mit Recht, daß, wenn man einen Ersatz dafür lediglich in einer stärkeren Steuerbelastung des Capitals finden wollte, der Fortgang der Capitalbildung und damit einer der unentbehrlichsten Hebel aller Civilisation gefährdet werden könnte.

In dem Bennigsen'schen Programm aber handelt es sich nicht um die Aufhebung der ganzen Classensteuer, sondern nur der vier untersten Stufen derselben, d. h. um einen Betrag (unter Berücksichtigung des Erlasses von drei Monatsraten) von 15 Millionen. Nur für diese Summe will Bennigsen durch eine Reform des preußischen Steuersystems in sich, insbesondere durch eine stärkere Heranziehung des fundirten Einkommens, Ersatz finden. Man kann sagen, daß über die Ungerechtigkeit eines Steuersystems, welches die Capitalrente und den Arbeitsertrag mit gleichem Maße mißt, in Preußen nur eine Meinung besteht. Fürst Bismarck selbst hat den Gedanken einer stärkeren Besteuerung des fundirten Einkommens mit Entschiedenheit vertreten. Wenn er jetzt eine andere Ansicht gewonnen hat, so machen wir ihm daraus selbstverständlich keinen Vorwurf, nur vermögen uns die Gründe, welche seinen Sinneswechsel herbeigeführt haben, falls dieselben, wie man ja wohl annehmen darf, mit den Ausführungen der „Prov.-Corresp." übereinstimmen, nicht zu überzeugen.

Es sind Zweckmäßigkeitsgründe, eben jener Befürchtung entnommen, daß durch eine besondere Besteuerung der Capitalrente die Bevölkerung von der Capitalbildung zurückgeschreckt werden würde. Eine solche Wirkung könnte eintreten, wenn die Steuer in einer Höhe gegriffen würde, daß sie wirklich wie eine auf das Capitalbilden gesetzte Strafe angesehen werden könnte. Von einer derartigen Extravaganz kann indeß unter vernünftigen Männern keine Rede sein. Jede Besteuerung des Geldcapitals wird, wenn sie ihren finanziellen Zweck erfüllen soll, in „mäßigen" Grenzen gehalten sein müssen. Und am allerwenigsten in Preußen würde man diese Grenzen überschreiten müssen, vorausgesetzt, daß die Capitalrentensteuer eben auf die Bestimmung beschränkt bliebe, im Verein mit der reformirten Gewerbesteuer Ersatz für die Aufhebung der vier untersten Stufen der Classensteuer zu schaffen.

Im Uebrigen bestehen Capitalrentensteuern in Baiern, Württemberg, Baden. Uns ist nicht bekannt geworden, daß dort unter der Herrschaft derselben die Capitalbildung unterblieben oder gehemmt, daß der allgemeine Culturzustand an den Rand der Barbarei gerathen wäre. Ebensowenig hat man gehört, daß dort über „inquisitorisches Eindringen" der Steuerbehörde in die Privatverhältnisse mehr geklagt würde als in Preußen. Die Selbstdeclaration des Renteneinkommens wird im Allgemeinen bereitwillig geübt und die Staatscasse steht sich gut dabei. Warum sollte es in Preußen anders sein?

Die „Prov.-Corresp." hat sich, das erkennen wir an, die erdenklichste Mühe gegeben, den Bennigsen'schen Vorschlag vom 15. Juni zu discreditiren. Sie stellt ihm als Regierungsprogramm die Ersetzung der ganzen Classensteuer durch indirecte Steuern entgegen. Wir bezweifeln, daß diese doppelte Captivirung der Classensteuerzahler und der Capitalisten stark verfangen wird. Der Bennigsen'sche Vorschlag will den Druck der Classensteuer da, wo er wirklich vorhanden ist, beseitigen, indem er zugleich durch stärkere Heranziehung des Capitals eine Ungerechtigkeit gegenüber der Besteuerung des nicht fundirten Einkommens einerseits, der Doppelbesteuerung des Grundbesitzes und Gewerbes andererseits aus der Welt schafft. Der Plan der Regierung läßt diese Ungerechtigkeit bestehen und ersetzt den Classensteuerdruck durch Consumtionssteuern, die wiederum vorwiegend die unteren Classen belasten. Wir glauben nicht, daß angesichts dieser Alternative die Mehrheit der Wähler auf die Seite der Regierung treten wird. Für diesen Fall stellt die „Prov.-Corr." mit einigen malitiösen Wendungen in Aussicht, daß sich die Regierung zu überlegen haben werde, ob sie nunmehr den Bennigsen'schen Weg beschreiten solle. Hier will uns scheinen, als klänge durch die beabsichtigte Ironie die Ahnung hindurch, daß schließlich allerdings wohl nichts Anderes übrig bleiben wird.

Leipzig, 14. September 1882.

Die deutschen Officiere, welche in den Dienst der Pforte getreten sind, haben sich in Konstantinopel allgemeine Achtung erworben. Sie hatten allerdings vom Anfang an mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, aber ihre fachliche Tüchtigkeit wurde bald und allgemein erkannt. Namentlich hat Oberst Kaehler den deutschen Namen zur Geltung gebracht. Er wurde nach seiner Ankunft dem Sultan durch Herrn v. Hirschfeld vorgestellt und der Sultan versprach ihm, ihn jedesmal empfangen zu wollen, wenn er irgend eine Maßregel in Bezug auf Reformen vorzuschlagen hätte und seine Anträge stets durchführen zu wollen. Seither ist Oberst Kaehler einer Commission attachirt worden, welche die Reorganisation der Armee zur Aufgabe hat, und er ist in der letzten Zeit vom Sultan zum Range eines „Ferik" (Divisions-General) befördert und decorirt worden. Man hatte in Stambul erfahren, daß er zu einer Militairzeitung, gegen die Ansicht des großen Meisters Moltke auftretend, die These verfochten habe, daß die Cavallerie mit Rücksicht auf die großen Fortschritte der Artillerie und der Kriegswaffen im Allgemeinen nicht mehr die große Rolle fortführen könne, die sie bisher gespielt habe. Die bloße Vorstellung, das Oberst Kaehler mit dem größten Heerführer unserer Zeit in eine Polemik eingetreten und von dem Letzteren einer Antwort gewürdigt worden sei, hat ihn mit einem großen Nimbus umgeben. Die französischen Officiere, die sich in der türkischen Armee befinden, nämlich Oberst Tretzß und Oberst Lecerq, obschon beide sehr ehrenhafte und beliebte Männer, haben sich gleichwohl nicht im gleichen Grade bemerkbar zu machen verstanden.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Die „Tribüne" hat sich beeilt, einem von dem „Czas" unter dem Titel „Fürst Bismarck über die polnische Frage" zu Tage geförderten Lügengewebe Verbreitung in der deutschen Presse zu verschaffen. (Dieser Artikel hat in der That die Runde durch alle Blätter gemacht. D. Red. d. L. T.) Man muß vom Parteihaß so verblendet sein wie die „Tribüne" und ihre Urheber und Geistesgenossen, um einer solchen mühsigen Erfindung, lediglich weil sie die Politik des Reichskanzlers schädigen und verwirren soll, auch nur cum beneficio inventarii einen Platz in einem preußischen Blatte zu gönnen. Das Recht der Zeitungsschreiber, zu erfinden und zu lügen, wird ja nach unserer Gesetzgebung als ein unbeschränktes angesehen. Es ist aber für keinen Menschen möglich, so viel Lügen zu berichtigen, wie über den Reichskanzler in die Welt gesetzt werden. Von den nicht berichtigten aber wird späterhin gesagt „nach einer bisher nicht widersprochenen Nachricht ꝛc." Aus diesem Grunde und bei dem geringen Grade politischer Bildung, auf den wir bei den Lesern der „Tribüne" rechnen, fühlen wir uns genöthigt, jenen kümmerlichen Lückenbüßer der Sommerzeit ausdrücklich für eine Erfindung und obenein für die eines urtheilslosen Feuilletonschreibers zu erklären. Der angebliche Besuch eines Polen in Varzin und die angebliche Unterredung haben niemals stattgefunden, und der angebliche Brief des Reichskanzlers, mit dem der Schwindel eröffnet wird, wäre, wenn er vorgezeigt würde, ein Falsum, welches den Strafrichter interessiren könnte."

Die Energie, mit welcher die Gegner des Impfzwanges neuerdings ihre Agitation betreiben, läßt gar keinen Zweifel darüber zu, daß der Reichstag sich nach seinem Wiederzusammentritt weit ernsthafter mit dieser Frage zu beschäftigen haben wird als jemals zuvor. Das lärmende Verlangen nach Aufhebung des Impfgesetzes braucht indessen unter den zum Glück überwiegenden Freunden dieses Gesetzes noch keine allzu großen Besorgnisse zu erwecken. In ihrer Unterstützung sind die Vertreter der Wissenschaft mit verschwindenden Ausnahmen und gleicher Weise die Mehrzahl der Nation bereit, welche sich die Schreckbilder von den bösen Folgen der Impfung mit Gelassenheit verzeigen läßt, im Uebrigen aber ihr Vertrauen zu dem segensreichen Zwange unerschüttert bewahrt. Ein Antrag auf Suspension des Gesetzes, wie ihn die Impfgegner vorbereiten, hätte hiernach um so weniger Aussicht auf Erfolg, als von der Regierung nach ihrer ganzen bisherigen Stellungnahme mit Zuversicht erwartet werden darf, daß sie sich durch die Bestrebungen einer Minderzahl nicht beirren lassen wird, welche durch Rührigkeit vergeblich zu ersetzen versucht, was ihr an Wissen und Klarheit fehlt.

Die preußische Regierung scheint es sich zum Verdienst gemacht zu haben, für die bevorstehenden Wahlen nicht nur kein zusammenhängendes vollständiges Programm auszugeben, sondern auch bezüglich der wichtigsten schwebenden Fragen im Einzelnen über ihren Standpunkt möglichst wenig das herrschende Dunkel aufzuhellen. Sie scheint damit der Opposition ihre Angriffsbasis entziehen und der Agitation den Stoff abschneiden zu wollen, stellt aber freilich ihrer Politik selbst ein schlechtes Zeugniß aus, wenn sie von der Voraussetzung ausgeht, daß der volle Einblick in dieselbe der Opposition in die Hände arbeiten müsse. An Stoff fehlt es der letzteren auch so nicht, und wir können nicht finden, daß die Position der Regierung sich verbessert, wenn sie um ihre Pläne und Absichten ein Dunkel verbreitet, hinter dem das Mißtrauen vielleicht noch mehr den Widerspruch Herausforderndes erblickt, als gerechtfertigt ist. Daß eine Regierung, von der man gar nicht mehr weiß, was sie will und erstrebt, außerhalb der gewohnheitsmäßig gouvernementalen und ganz unselbstständigen Kreise Vertrauen und Beifall erwerben könnte, ist doch ganz undenkbar, zumal wenn ihr Stillschweigen ab und zu von so unpopulären Exclamationen durchbrochen wird, wie es jüngst in der „Provinzial-Correspondenz" geschehen. Die Zurückhaltung der Regierung äußert aber ihre Rückwirkung auch auf die Parteien. Noch keine einzige ist bisher mit einem Wahlaufruf oder sonst einer programmartigen Kundgebung hervorgetreten. Stellung zu ganz bestimmten Plänen und Vorschlägen, welche in der bevorstehenden Legislaturperiode die Gesetzgebung beschäftigen werden, zu nehmen, ist kein Anlaß gegeben, da eben solche Pläne und Gesetzentwürfe noch nicht bekannt geworden, und ihre allgemeinen Grundsätze und Ziele haben die Parteien so oft schon dargelegt, daß die Nothwendigkeit einer Wiederholung derartiger parteiprincipieller Manifeste zweifelhaft sein kann. Indessen, man pflegte vor dem Erlaß solcher Kundgebungen die Bekanntmachung des Wahltermins abzuwarten, und es mag wohl sein, daß in den letzten Wochen vor den Wahlen seitens der Parteien das bisher Versäumte noch nachgeholt wird. Sollte es unterbleiben, so geschieht es auf liberaler Seite keineswegs aus Verlegenheit, sondern lediglich weil man auf allbekannte, in nichts veränderte frühere Parteikundgebungen zurückverweisen kann.

Die neuliche Anwesenheit des Abg. Dr. Windthorst in Braunschweig ist auch mit dem Privat-Testament des Herzogs von Braunschweig in Verbindung gebracht worden. Eine directe Bestätigung ist zwar nicht erfolgt, indeß wird in unterrichteten Kreisen versichert, daß unter den Rathgebern des Herzogs, welcher den Herzog von Cumberland durch testamentarische Verfügung zum Erben seines Privatvermögens, einschließlich des Fürstenthums Oels eingesetzt hat, in Betreff der Frage der Erbfolge im Fürstenthum Oels in Schlesien Meinungsverschiedenheiten bestehen, insbesondere darüber, ob dem Herzog von Braunschweig das Verfügungsrecht sowohl über die feudalen, wie über die allodialen Bestandtheile des Fürstenthums zustehe. Diese Meinungsverschiedenheiten scheinen durch eine vor einigen Jahren erschienene Broschüre des Staatsrechtslehrers Prof. Schulze hervorgerufen zu sein. Prof. Schulze kommt nämlich, nachdem er dargelegt, daß das Fürstenthum Oels bei allen Gelegenheiten officiell als preußisches Thronlehen bezeichnet worden und als solches auch unzweifelhaft anzusehen sei, so daß das Obereigenthum des Lehnsherrn unverändert fortbestehe, zu dem Resultat, daß da nach dem kinderlosen Absterben des Herzogs von Braunschweig kein legitimer männlicher oder weiblicher Descendent des Vaters dieses Fürsten, des Herzogs Friedrich Wilhelm, des primus acquirens dieser Linie des Hauses Braunschweig, vorhanden sei, das Fürstenhaus Oels in allen seinen feudalen Bestandtheilen als erledigtes Thronlehen an die Krone Preußen falle, daß dagegen über die allodialen Bestandtheile des Fürstenthums der Herzog Wilhelm frei verfügen, also den Herzog von Cumberland zum Erben einsetzen könne. Prof. Schulze spricht dem Herzog von Braunschweig das Verfügungsrecht über die feudalen Bestandtheile von Oels deshalb ab, weil durch den Vertrag vom 30. Juli 1618, welcher, in Folge Ableben des Herzogs Carl Friedrich im Jahre 1647, mit dem Kaiser Ferdinand III. abgeschlossen wurde, das freie Verfügungsrecht des Lehnsbesitzers sowohl unter Lebenden wie von Todes wegen völlig beseitigt worden.

In hervorragenden juristischen Kreisen wird den Verhandlungen des Kasseler Juristentages über die Frage der Entschädigung an unschuldig Verurtheilte eine präjudicielle Bedeutung beigelegt. Daß sich die Mehrheit für diese Art Haftpflicht des Staates aussprechen werde, gilt zwar als sicher, aber man hofft, daß der ohnehin schon stark ins Wanken gekommene Widerstand der Regierung vielleicht überwunden werden könnte, wenn sich eine möglichst einheitliche, energische und mit den besten Gründen gestützte Kundgebung zu Gunsten der Entschädigungspflicht erzielen ließe. Eigenthümlicherweise ist es gerade der streng conservative Staatssecretair des Reichsjustizamtes, Herr v. Schelling, dem Sympathien für den bekannten Antrag Philipp's zugeschrieben werden, während der preußische Justizminister Dr. Friedberg sich mehr ablehnend verhalten soll.

Am Sonntag begann in Frankfurt a. M. die neunundzwanzigste Generalversammlung deutscher Katholiken. Der Reichstagsabgeordnete v. Bethmann wurde zum Präsidenten, der Oberlandesgerichtsrath Franck (Darmstadt) und der Rechtsanwalt v. Steinle (Frankfurt) wurden zu Vicepräsidenten gewählt. Zur Verlesung gelangte zuvörderst ein aus Rom vom 29. August datirtes päpstliches Breve als Antwort auf die vom Comité an den Papst gerichtete Adresse und Segensbitte. Das Breve billigt und lobt die Ziele, welche die Generalversammlung sich gesteckt; der übrige Inhalt ist nicht bemerkenswerth. Von 72 zur Theilnahme an der Versammlung eingeladenen Erzbischöfen und Bischöfen haben 50 Antwortschreiben eingesandt, ohne jedoch irgendwelche Zusage zu machen. Der Fürstbischof von Breslau entschuldigte sein Ausbleiben mit der Gleichzeitigkeit geistlicher Uebungen in Breslau. Der Fürst Löwenstein machte einige geschäftliche Mittheilungen: der in der vorjährigen Generalversammlung gestellte Antrag, das Stimmrecht in geschlossenen Sitzungen und in Ausschüssen nur solchen einzuräumen, die Mitglieder eines kirchlichen Vereins sind, ist von einer eigens dazu ernannten Jurisdiccommission geprüft und als unzulässig bezeichnet worden. Msgr. Dr. Waal, der den päpstlichen Ablaß für die Theilnehmer an der Pilgerfahrt nach Fulda vermittelt hat, empfiehlt, wie Fürst Löwenstein mittheilt, die Veranstaltung einer neuen Pilgerfahrt deutscher Katholiken nach Rom. Fürst Löwenstein beantragt sodann im Namen des Localcomités die Bildung eines besonderen Ausschusses zur Berathung der Fragen über Wucher, Arbeitslohn und Grundentlastung und zur Formulirung einer das Resultat dieser Berathung zusammenfassenden Resolution. Der Domcapitular Moufang und Domdecan Heinrich sprechen sich gegen diesen Antrag aus, indem sie auf den Umfang der gestellten Aufgabe und die Kürze der Zeit hinweisen. Schließlich wird der Antrag mit Rücksicht der erhobenen Bedenken dem Ausschuß für die fociale Frage überwiesen.

In den deutschen Provinzen Oesterreichs, zumal in Ober- und Unteröesterreich, sowie in der Steiermark macht

SLUB
Wir führen Wissen.